

Rede von Walter Schmidt (*dieDatenschützer Rhein Main*) bei der Ostermarsch-Kundgebung am 17.04.2017 vor dem Generalkonsulat der USA in Frankfurt

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreundinnen und – freunde,

ich spreche hier als Vertreter der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main**.

Wir stehen in Sichtweite des Generalkonsulats der USA, über das die **Süddeutsche Zeitung** (<http://www.sueddeutsche.de/politik/wikileaks-frankfurter-us-generalkonsulat-soll-spionagezentrale-sein-1.3409364>) am 7. März 2017 schrieb: „Das US-Generalkonsulat in Frankfurt steht unter dem Verdacht, eine CIA-Zentrale zur Entwicklung von Cyberwaffen zu sein. Dokumente, die die Enthüllungsplattform Wikileaks... veröffentlicht hat, legen nahe, dass der stark gesicherte Gebäudekomplex die europäische Filiale des sogenannten Center for Cyber Intelligence beherbergt. Diese soll angeblich Software zum Datenklau und zur Überwachung entwickeln und testen... Die diplomatische Vertretung in Frankfurt ist das größte US-Generalkonsulat weltweit. Es spielt in der Geheimdienstarchitektur der US-Regierung schon seit Jahren eine herausragende Rolle. In dem mit hohen Mauern und Stacheldraht bewehrten Gebäudekomplex... arbeiten CIA-Agenten, NSA-Spione, Militärgeheimdienstleute, das US-Heimatschutzministerium und der Secret Service. In einem Umkreis von etwa 40 Kilometern um Frankfurt haben die Amerikaner zudem ein dichtes Netz von Außenposten und Tarnfirmen angesiedelt.“ So weit das Zitat aus der Süddeutschen Zeitung.

Seit wenigen Tagen wissen wir, dass US-Geheimdienste nicht nur das Handy von Angela Merkel abgehört haben, sondern auch Einrichtungen in der Bundesrepublik ausspionieren. Die **Hessenschau** (<http://hessenschau.de/politik/nsa-hackt-rechner-der-fh-giessen---empoeuerung-bleibt-aus,nsa-hackt-fh-giessen-100.html>) meldete am 12. April 2017: „Dass der US-amerikanische Geheimdienst NSA auch in Deutschland eifrig spioniert hat, ist kein Geheimnis mehr – es gibt aber immer wieder neue Spuren der Spitzelaktionen bis nach Hessen. Dazu hat zuletzt auch die Hackergruppe The Shadow Brokers... beigetragen. Von ihr geleakte Daten zeigen, dass die NSA offenbar auch Rechner der Fachhochschule Gießen angegriffen hat...“ Es ist sicher nicht unberechtigt zu vermuten, dass dabei auch die im US-Generalkonsulat konzentrierte Ansammlung von Spionagetechnik und -personal genutzt wurde.

Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie alles in ihrer Macht stehende tut, um ausländischen Geheimdiensten die Handlungsmöglichkeiten in Deutschland zu verwehren.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière kritisierte vor wenigen Tagen den Geheimdienst des NATO-Partners Türkei, der deutsche und türkische Gegner/innen des Erdogan-Regimes in unserem Land überwacht. Er sagte lt. Bericht der **Zeit** (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/spionage-geheimdienst-tuerkei-ermittlungen-guelen-anhaenger-generalbundesanwalt>) vom 23. März 2017: "Spionageaktivitäten auf deutschem Boden sind strafbar und werden von uns nicht geduldet. Das gilt für jeden ausländischen Staat und auch für jeden Nachrichtendienst". Ausforschungen dieser Art würden vom Verfassungsschutz beobachtet, bei Verstößen seien Konsequenzen möglich – etwa der Verlust der Aufenthaltserlaubnis oder sogar strafrechtliche Ermittlungen. Was de Maizière hier sagt, muss nicht nur für den türkischen Geheimdienst gelten sondern auch für die Geheimdienste der USA, die Menschen und Einrichtungen hierzulande bespitzeln und ihre Standorte in Deutschland für ihre weltweite Kriegsführung nutzen.

Geheimdienste und ihre vorgeblichen Erkenntnisse sind nur selten überprüfbar. Aber sie werden genutzt, um Konflikte zu verschärfen und Kriege auszulösen. Wer erinnert sich nicht an die angeblichen Beweise für Chemie- und Biowaffenarsenale, mit denen der US-Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 vor dem UNO-Sicherheitsrat begründet wurde. Der damalige US-Außenminister Powell erklärte zwei Jahre nach Kriegsbeginn, dass ihm US-Geheimdienste vor seiner damaligen Rede gefälschtes Material untergeschoben hätten.

Geheimdienste und ihre Zuträger und Informanten spielen ein eigenes Spiel, auch gegenüber Regierungen und anderen Sicherheitsbehörden. Das wurde deutlich bei der Aufarbeitung des NSU-Skandals. Es wurde erneut deutlich nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016. Die **Berliner Zeitung** (<http://www.berlinerzeitung.de/berlin/brisante-hinweise-anis-amri-wurde-offenbar-als-quelle-genutzt-26255206>) stellte am 24. März 2017 fest: „... obwohl es Erkenntnisse über Amris Verbindungen zum IS gab, wurde er nicht aus dem Verkehr gezogen. Die vorliegenden Dokumente belegen, dass dies auch so gewollt war. [Es] sei eine Weisung an NRW-Polizeidienststellen ergangen, die Quelle Amri möglichst nicht zu kontrollieren. In diese Verabredung sei offenkundig auch die Berliner Polizei eingeweiht gewesen. Als Amri im Februar des vergangenen Jahres mit dem Bus nach Berlin kam, sei er von der Polizei überprüft worden – und zwar zum Ärger der NRW-Kollegen...“

Geheimdienste sind eine Gefahr für die Demokratie. Und sie sind eine Gefahr für den Frieden.

Das gilt nicht nur für das Wirken ausländischer Geheimdienste auf deutschem Boden. Es gilt auch für den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt und die 16 Landesämter für Verfassungsschutz. Sie schützen nicht die Verfassung und die Grundrechte der Bürger/innen sondern stellen eine Gefahr dafür dar. Und das um so mehr, nachdem das Bundesverfassungsgericht kürzlich die Kontrollbefugnisse der Parlamente über die Geheimdienste substantiell eingeschränkt hat.

Das Netz der Überwachung, mit dem wir überzogen werden, wird aber nicht nur von Geheimdiensten gestrickt. Politiker und Sicherheitsbehörden nutzen seit Jahren jede Gelegenheit, um die Überwachung der Menschen und ihrer Aktivitäten engmaschiger zu machen:

- Mit der Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten,
- mit der Erweiterung der Befugnisse für Polizeibehörden, zuletzt beim BKA-Gesetz,
- mit der Forderung nach Ausdehnung der Videoüberwachung.

Letzteres ist für Frankfurt ein sehr aktuelles Thema. Der CDU-Sicherheitsdezernent Markus Frank will in den nächsten Tagen einen Beschlussentwurf in den Magistrat einbringen, wonach in der Frankfurter Innenstadt, auch und gerade an der Hauptwache, die Videoüberwachung ausgebaut werden soll. Neben dem Römerberg, auf dem wir uns nachher zur Abschlusskundgebung des Ostermarschs versammeln, und dem Opernplatz ist die Hauptwache einer der zentralen Punkte in Frankfurt, an dem sich Menschen zu Kundgebungen und Demonstrationen treffen. Der Plan, diesen Ort dauerhaft durch Polizeikameras überwachen zu lassen, muss als massive Beeinträchtigung der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit angesehen werden.

Als Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** lehnen wir die Forderungen und Pläne zum Ausbau der Videoüberwachung an der Hauptwache entschieden ab! Gemeinsam mit anderen Personen und Organisationen haben wir eine Stellungnahme ausgearbeitet, die das Ziel hat, den Widerstand gegen diese Pläne sichtbar zu machen. Sie können hier und heute diese Forderung durch Ihre Unterschrift unterstützen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

